



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung

Es informiert Sie:	Cornelia van Weerth
Telefon:	02104/99-2854
Fax:	02104/99-5875
E-Mail:	cornelia.vanWeerth@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 08.05.2008

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung

Sitzungstermin Donnerstag, den 24.04.2008, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Marie-Liesel Donner

Mitglieder

Hans-Peter Bartz
Jürgen Bullert
Barbara Enke
Brigitte Hagling
Berndt Hoffmann
Ottokar Iven
Dieter Karzig
Wolf Hartwig Kohte
Gerti Laßmann
Götz-Reinhardt Lederer
Waldemar Madeia
Rolf Mayr
Volker Münchow
Gerd Rammes
Günter Schmickler
Udo Switalski
Dietmar Weiß
Sebastian Wladarz
Reinhard Zipper

Verwaltung

Martina Bethke-Schwiering
Udo Ehlscheid

Volker Eichert
Reinhard Engmann
Dirk Haase
Nils Hanheide
Thomas Hendele
Daniela Hitzemann
Thomas Jarzombek
Martin Kasprzik
Edgar Schönfisch
Hans-Jürgen Serwe
Dorothea Stangier
Cornelia van Weerth
Wilfried Warning
Peter Wobbe

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2007
3. Informationen der Verwaltung
4. Startercenter NRW -Sachstandsbericht- 01/001/2008
5. Mitgliedschaft des Kreises Mettmann im Verein "Die Schlüsselregion" 01/002/2008
6. Tätigkeitsbericht Wirtschaftsförderung 2007 01/003/2008
7. Strategiepapier Wirtschaftsförderung 01/004/2008
8. Diplomatenrundfahrt "Meet the Neanderland" 01/005/2008
9. Preis für Familienfreundlichkeit 01/006/2008
hier: Antrag der FDP Fraktion vom 08.11.2007
10. Betriebskostenabrechnung 2007 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann 32/001/2008

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 11. | Vorstellung des Jahresberichtes 2007 des Amtes für Verbraucherschutz | 39/001/2008 |
| 12. | Sachstandsbericht über die Verbreitung von PFT im Kreis Mettmann und über die vom Umweltamt veranlassten Maßnahmen | 70/001/2008 |
| 13. | Wettbewerb 2008 "Vom Kompost zum Kürbis"
- Vorstellung der Broschüre zur Kompostierung | 70/003/2008 |
| 14. | Nachträge | |
| 14.1. | Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausländerrecht; hier: Aufenthaltsbeendigung im Zeitraum der letzten sechs Monate | 32/002/2008 |
| 14.2. | Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausländerrecht; hier: Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen | 32/003/2008 |
| 14.3. | Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausländerrecht; hier: Bearbeitung von Anträgen auf Ausstellung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln | 32/004/2008 |
| 14.4. | Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; hier: Bleiberechtsregelung | 32/005/2008 |
| 14.5. | Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; hier: Kreis-Service-Center in Langenfeld | 32/006/2008 |
| 14.6. | Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausländerrecht; hier: Anträge auf Visa zur Familienzusammenführung und zu Besuch | 32/007/2008 |

Nicht öffentlicher Teil

15. Informationen der Verwaltung
16. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende, Frau KA Donner, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest. Es erfolgt eine ausgiebige Diskussion, ob die als Nachträge übersandten Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Fachausschuss behandelt oder diese aufgrund des unverhältnismäßig hohen Aufwandes gemäß § 13 Abs. 10 Satz 2 der Geschäftsordnung des Kreistages zurückgewiesen werden sollen. Herr Hanheide bietet für den Fall der Rücknahme der ausländerrechtlichen Anfragen an, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprechende Informationen, soweit dies angesichts des gesetzlichen Charakters der ausländerbehördlichen Aufgaben als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung möglich ist und die Daten vorhanden sind, in einem bilateralen Gespräch zu erteilen. Die Anfrage zum Kreis-Service-Center in Langenfeld kann von der Verwaltung beantwortet werden. Frau Laßmann nimmt daraufhin die Anfragen – bis auf die zum Kreis-

Service-Center – zurück; die Tagesordnungspunkte 14.1 – 14.4 und 14.6 werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Mit den vorgenannten Änderungen wird die für die Sitzung festgesetzte Tagesordnung somit festgestellt.

Als Berichterstatter wird benannt: für den Tagesordnungspunkt „Betriebskostenabrechnung 2007 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann“ Herr KA Rammes.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2007

Die Niederschrift wird vom Fachausschuss einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

Herr Hanheide berichtet über zwei aktuelle Themen:

Geschwindigkeitsüberwachung:

Durchgeführte Geschwindigkeitsmessungen haben ein deutlich überhöhtes Geschwindigkeitsniveau nach dem Ausbau der Hochdahler Straße in Haan bestätigt. Aufgrund der häufig über der zugelassenen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h liegenden Geschwindigkeiten wird nach Angaben der Stadt Haan oft die Rotlichtanlage an der Einmündung Hochdahler Str. / Bachstr. missachtet. An der Anlage queren jedoch Kinder, die die nah gelegene Grundschule besuchen. Daher hat die Stadt Haan gebeten, die nicht mehr betriebene Geschwindigkeitsmessenanlage vom Standort Flurstr. auf die Hochdahler Str. umzusetzen.

Diese Umsetzung wird nunmehr bei gleichzeitiger Umstellung der Anlage auf neue digitale Technik erfolgen. Dies ermöglicht die gezielte Geschwindigkeitsüberwachung zu den schulrelevanten Zeiten (07:00 bis 17:00 Uhr).

CO-Pipeline:

Das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen hat mit zwei Beschlüssen vom 17.12.2007 die Inbetriebnahme der Bayer-Kohlenmonoxid-Pipeline, die von Dormagen nach Krefeld/Uerdingen führt, vorläufig untersagt. Zudem wurde in weiteren Eilverfahren - auch dem des Kreises Mettmann - die vorzeitige Besitzeinweisung der Fa. Bayer Material Science AG insoweit vorläufig untersagt, als der Firma erlaubt wird, die CO-Pipeline schon vor einer Enteignung der Grundstücke zu betreiben.

Das OVG stellt in seinen Entscheidungen zwar nicht ausdrücklich fest, ob das Rohrleitungsgesetz verfassungsmäßig oder verfassungswidrig ist. Es übt jedoch eingehende verfassungsrechtliche Kritik an diesem, die Inanspruchnahme privater und öffentlicher Grundflächen für die Errichtung und den Betrieb der CO-Pipeline ermöglichenden Gesetz. Insbesondere fehlt es nach Auffassung des Gerichts an der geforderten Sicherung der Allgemeinwohlbezogenheit vor allem im Hinblick auf die von Bayer angeführten wirtschaftlichen Gründe und vermeintlichen umweltbezogenen Vorteile des Vorhabens. Da die vom OVG aufgezeigten Mängel im Rohrleitungsgesetz wurzeln, ist das Gesetz nach Auffassung der Verwaltung verfassungswidrig. Es ist auch nicht möglich, diese Mängel außerhalb der parlamentsgesetzlichen Ebene, etwa durch eine Nachbesserung des Planfeststellungsbeschlusses oder durch ein Ergänzungsverfahren zu überwinden, sondern es wäre eine Neufassung des Rohrleitungsgesetzes durch den Landtag als parlamentarischen Gesetzgeber erforderlich.

Unabhängig davon äußert das Oberverwaltungsgericht in seinen Entscheidungen auch massive Kritik am Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Düsseldorf. Nach Auffassung

des Gerichts fehlt die erforderliche Prüfung, ob aus Gründen der Infrastrukturstärkung, der Arbeitsplatzsicherung und des Umweltschutzes tatsächlich ein Bedarf an der Verwirklichung des Vorhabens vorliegt, der über rein betriebswirtschaftliche Interessen des Bayer-Konzerns hinausgeht, und der in einer Abwägung die entgegen stehenden Belange der Bevölkerung überwiegt. Hierbei sind insbesondere wegen der äußerst gefahrenträchtigen Eigenschaften des Kohlenmonoxids die in erheblichem Maße aufgeworfenen Sicherheitsfragen sowie die Vermeidung von Eingriffen in das verfassungsrechtlich geschützte Eigentumsrecht der Betroffenen zu nennen.

Auch ist nach Auffassung des OVG nicht hinreichend konkretisiert und nachvollziehbar, wieso ein linksrheinischer Trassenverlauf von vornherein ausgeschlossen worden ist.

Darüber hinaus hat das Gericht ausdrücklich offen gelassen, ob die streitgegenständliche Anlage dem Stand der Technik entspricht.

Die vom Obergerverwaltungsgericht geäußerte Kritik betrifft Abwägungsvorgaben und ist daher grundsätzlicher Natur. Die Abwägung lässt sich nach Auffassung der Verwaltung nicht mit einigen zusätzlichen Erwägungen nachbessern. Stattdessen wäre eine vollständige Wiederholung des Abwägungsprozesses geboten und detailliert aufzuarbeiten.

Angesichts der im vorliegenden Fall festzustellenden Verfassungswidrigkeit des Rohrleitungsgesetzes sowie der Unmöglichkeit der Aufhebung der vom Obergerverwaltungsgericht aufgezeigten Mängel wird es sehr interessant sein, zu erfahren, ob und wenn ja, wie die Planfeststellungsbehörde im Wege eines sogenannten Planergänzungs- oder Planänderungsverfahrens reagieren wird.

Ein erster Aufschluss hierüber könnte im Verhandlungstermin am 16.06.2008 vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf zu erwarten sein, in welchem nunmehr im Hauptsacheverfahren der ersten Instanz über die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses vom 14.02.2007 aufgrund einer Klage eines privaten Einwenders, welcher im Eilverfahren vor dem OVG wie vorstehend dargelegt erfolgreich war, verhandelt wird.

Zu Punkt 4:	Startercenter NRW -Sachstandsbericht- - Vorlage Nr. 01/001/2008
--------------------	--

Herr Haase stellt die neue Kollegin in der Wirtschaftsförderung, Frau Bethke-Schwiering, vor und beantwortet Fragen aus dem Fachausschuss.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 5:	Mitgliedschaft des Kreises Mettmann im Verein "Die Schlüsselregion" - Vorlage Nr. 01/002/2008
--------------------	--

Sämtliche Fraktionen befürworten die Mitgliedschaft des Kreises Mettmann in dem Verein „Die Schlüsselregion“.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Mettmann beantragt beim Verein „Die Schlüsselregion e.V.“ die Aufnahme als Fördermitglied.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6:	Tätigkeitsbericht Wirtschaftsförderung 2007 - Vorlage Nr. 01/003/2008
--------------------	--

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung nimmt den Tätigkeitsbericht der Wirtschaftsförderung für das Jahr 2007 zur Kenntnis.

Zu Punkt 7:	Strategiepapier Wirtschaftsförderung - Vorlage Nr. 01/004/2008
--------------------	---

Beschlussvorschlag:

Der vorgestellten Strategie der Wirtschaftsförderung wird die Zustimmung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8:	Diplomatenrundfahrt "Meet the Neanderland" - Vorlage Nr. 01/005/2008
--------------------	---

Die Veranstaltung wird von den Ausschussmitgliedern positiv bewertet. Herr Rammes bittet interessehalber um Einsichtnahme in die Anwesenheitsliste. Herr Hendele sagt zu, in der nächsten Sitzung mitzuteilen, welche Nationen teilgenommen haben. Die Anwesenheitsliste kann aus Datenschutzgründen nicht vorgelegt werden.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung nimmt den Bericht über die Veranstaltung „Meet the Neanderland 2008“ zur Kenntnis

Zu Punkt 9:	Preis für Familienfreundlichkeit hier: Antrag der FDP Fraktion vom 08.11.2007 - Vorlage Nr. 01/006/2008
--------------------	--

Die Ausschussmitglieder befürworten und wünschen die Unterstützung familienfreundlicher Initiativen durch den Kreis Mettmann.

Landrat Hendele kündigt an, dass die Verwaltung prüfen wird, an welchen Wettbewerben und Initiativen auf Landes-/Bundesebene sich der Kreis mit örtlichen Auszeichnungen beteiligen kann. Dabei wird besonders darauf geachtet, dass es sich um Unternehmen aus dem Kreis Mettmann handelt.

Die FDP-Fraktion erklärt sich hiermit einverstanden.

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der FDP-Fraktion, Richtlinien für die Vergabe eines Preises für Familienfreundlichkeit zu erstellen, wird die Zustimmung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10:	Betriebskostenabrechnung 2007 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 32/001/2008
---------------------	---

Herr Hanheide stellt die Betriebskostenabrechnung 2007 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann vor.

Beschlussvorschlag:

Die Betriebskostenabrechnung 2007 für das Notarztsystem wird zur Kenntnis genommen. Der sich aus der Abrechnung ergebende Überschuss in Höhe von 559.239,40 € wird zur Deckung des aus 2006 vorgetragenen Fehlbetrages in Höhe von 164.244,00 € herangezogen. Der verbleibende Überschuss in Höhe von 394.995,40 € wird als Saldo vortrag nach 2008 übernommen und gemäß § 43 Abs. 6 GemHVO NRW dem Sonderposten „Gebührenaussgleich Notarztsystem“ zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11:	Vorstellung des Jahresberichtes 2007 des Amtes für Verbraucherschutz - Vorlage Nr. 39/001/2008
---------------------	---

Herr Hanheide stellt den Jahresbericht 2007 des Amtes für Verbraucherschutz vor. Als **Anlage 1** ist die Power-Point Präsentation beigelegt.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 12:	Sachstandsbericht über die Verbreitung von PFT im Kreis Mettmann und über die vom Umweltamt veranlassten Maßnahmen - Vorlage Nr. 70/001/2008
---------------------	---

Herr Serwe gibt Erläuterungen zur derzeitigen Situation. Die Ausführungen werden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Frau KA Enke bittet um Informationen über die kürzlich in der Ruhr festgestellte Chemikalie Tosu. Der Bericht kann über die Niederschrift erfolgen, was hiermit geschieht:

Nach Rücksprache mit dem Umweltministerium NRW stellt sich die Situation wie folgt dar:

Die in der Ruhr gefundene Chemikalie stammt aus einem Betrieb aus Arnsberg. Tosu ist weder ein gezielt hergestelltes Produkt, noch ein Einsatzstoff für die Produktion. Die Chemikalie entsteht vielmehr bei der Produktion von Pentaerythrit. Pentaerythrit wird zur Herstellung von u.a. Alkydharzen sowie Weichmachern und Emulgatoren verwendet.

In Europa soll es nur 4 Firmen geben, die Pentaerythrit herstellen, davon in Deutschland nur die Firma in Arnsberg.

Einen Handlungsbedarf ergibt sich daher für den Kreis Mettmann nicht.

Zu Punkt 13:	Wettbewerb 2008 "Vom Kompost zum Kürbis" - Vorstellung der Broschüre zur Kompostierung - Vorlage Nr. 70/003/2008
---------------------	---

Herr Serwe stellt die neue Broschüre „Kompostierung – die wunderbare Verwandlung“ vor und erläutert den diesjährigen Wettbewerb „Vom Kompost zum Kürbis“ in Form eines PP-Vortrags. Die Folien sind als **Anlage 2** beigelegt.

Der Fachausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 14:	Nachträge
---------------------	------------------

Zu Punkt 14.1:	Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausländerrecht; hier: Aufenthaltsbeendigung im Zeitraum der letzten sechs Monate - Vorlage Nr. 32/002/2008
-----------------------	--

Die Anfrage wurde zurückgezogen (s. Formalien – TOP 1).

Zu Punkt 14.2:	Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausländerrecht; hier: Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen - Vorlage Nr. 32/003/2008
-----------------------	---

Die Anfrage wurde zurückgezogen (s. Formalien – TOP 1).

Zu Punkt 14.3:	Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausländerrecht; hier: Bearbeitung von Anträgen auf Ausstellung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln - Vorlage Nr. 32/004/2008
-----------------------	---

Die Anfrage wurde zurückgezogen (s. Formalien – TOP 1).

Zu Punkt 14.4:	Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; hier: Bleiberechts- regelung - Vorlage Nr. 32/005/2008
-----------------------	---

Die Anfrage wurde zurückgezogen (s. Formalien – TOP 1).

Zu Punkt 14.5:	Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; hier: Kreis-Service- Center in Langenfeld - Vorlage Nr. 32/006/2008
-----------------------	--

Herr Hanheide verweist auf die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzung des Fachausschusses vom 22.11.2007 zu TOP 8:

„Nach ausgiebiger Diskussion betont Landrat Hendele, dass er sich die Einrichtung weiterer Außenstellen des Kreis-Service-Centers (außer Ausländerwesen noch mit weiteren Aufgaben betraut) vorstellen könne. Jedoch müsse zunächst das jetzt zur Beratung und Beschlussfassung anstehende zweijährige Pilotprojekt in Velbert und Ratingen realisiert und darauf folgend das Ergebnis bewertet werden. Nur im Erfolgsfall werde eine Ausweitung vorgenommen. Für ihn sei selbstverständlich, dass der Ausschuss in die Entscheidung eingebunden wird. Aufgrund dieser Erklärungen zieht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag zur Servicestelle zurück.“

Auf Nachfrage von Frau KA Laßmann hebt Landrat Hendele die durch das Vorhandensein der Außenstelle des Straßenverkehrsamtes in Langenfeld dort bestehende privilegierte Situation hervor und bekräftigt erneut seine Aussage aus der letzten Fachausschusssitzung.

Der Fachausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu Punkt 14.6: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausländerrecht; hier: Anträge auf Visa zur Familienzusammenführung und zu Besuch - Vorlage Nr. 32/007/2008

Die Anfrage wurde zurückgezogen (s. Formalien – TOP 1).

Nicht öffentlicher Teil

Ende der Sitzung: 16:40 Uhr

gez.
Marie-Liesel Donner

gez.
Cornelia van Weerth